

Diese Woche ist zum 13. Male der [Datenreport](#) veröffentlicht worden. Er wird von der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen mit dem Statistischen Bundesamt, dem Wissenschaftszentrum Berlin und dem SOEP am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung herausgegeben. Der Datenreport liefert nicht nur ein großes Angebot an statistischen Daten und sozialwissenschaftlichen Analysen, er erlaubt darüber hinaus einen konkreteren und differenzierteren Überblick über die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und deren Entwicklungen als der übliche „Universalindikator für gesellschaftliche Wohlfahrt“, nämlich das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Zusammenstellung der Daten umfasst weit über 400 Seiten. Um Ihnen Lesearbeit zu ersparen, veröffentlichen wir eine Auswahl Aussagen, die aus unserer Sicht für die Leser der NachDenkSeiten von besonderem Interesse sein könnten. Von Wolfgang Lieb

Es handelt sich bei den nachfolgenden Texten um Zitate, für die gewählten Formulierungen oder Bewertungen sind die Autoren des Reports verantwortlich. Die Aussagen jeweils zu kommentieren, würden den Rahmen dieser Darstellung sprengen. Wir gehen davon aus, dass unsere Leserinnen und Leser aufgrund der laufenden Informationen auf den NachDenkSeiten ihr eigenes Urteil bilden können.

Das Wichtigste vorab

16 % armutsgefährdet

Im Jahr 2008 waren knapp 16 % der Bevölkerung armutsgefährdet. Armutsgefährdung zeigt sich im Alltag besonders im Bereich „Wohnen“: Jeder dritte Armutsgefährdete (32 %) sah sich nach eigener Einschätzung durch die Wohnkosten finanziell schwer belastet. Bei der nicht armutsgefährdeten Bevölkerung war es knapp jeder Fünfte (18 %). 16 % der armutsgefährdeten Personen konnten nach eigener Angabe ihre Wohnung nicht angemessen warm halten, bei dem Anteil der nicht Armutsgefährdeten traf dies lediglich bei 4 % zu. Fast jeder dritte Armutsgefährdete (30 %) war nicht in der Lage, zumindest jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder entsprechenden vegetarischen Zutaten einzunehmen. Bei den nicht Armutsgefährdeten lag der Anteil nur bei 6 %.

Quelle: [Statement von Präsident Roderich Egeler, Statistisches Bundesamt \[PDF - 90 KB\]](#)

Risiko des Verbleibs in Armut steigt leicht an

Die zeitliche Stabilität oder Instabilität von Einkommenslagen gibt Auskunft über Chancen der Verbesserung bzw. Risiken der Verschlechterung des materiellen Wohlstands über einen bestimmten Zeitraum. Betrachtet man die untersten 20% der Einkommensverteilung (= unterstes Quintil), dann hat sich das Risiko, längerfristig im untersten Einkommensbereich zu verbleiben, seit den 1980er Jahren von 57% auf 65% erhöht. Das

heißt: Weniger Menschen gelingt es, ihre Einkommenssituation zu verbessern. Auch der zeitliche Verbleib im 4. Quintil der vergleichsweise Wohlhabenden hat sich deutlich erhöht: von 38% auf 51%.

Heißt das nun: einmal arm immer arm? Um diese Frage beantworten zu können, messen wir, in welchem Umfang Personen in verschiedenen Einkommenschichten eines Jahres, in den vier Jahren zuvor unter der Armutsgrenze lagen. Die Ergebnisse zeigen, dass fast 87% der Personen, die 2009 unter der Armutgefährdungsquote lagen, bereits in den vier Jahren zuvor mindestens einmal von Armut betroffen waren, ein Drittel war dauerhaft, also über fünf Jahre, arm.

Insgesamt hat im Zeitverlauf der Anteil der Personen, die im zurückliegenden Zeitraum von vier Jahren mindestens einmal unter der Armutsgrenze lagen, zugenommen, wobei insbesondere mehrfache oder dauerhafte Armutserfahrungen angestiegen sind. Kurzfristige Armutserfahrungen reichen bis weit in mittlere Einkommenslagen hinein.

Quelle: [Statement von Dr. Roland Habich \(WZB\) \[PDF - 110 KB\]](#)

Bildungsniveau steigt, bleibt aber vom Ausbildungsstand der Eltern abhängig

2009 hatten ein Viertel (25%) der deutschen Bevölkerung und gut die Hälfte der in Deutschland lebenden Ausländer (53%) ab 25 Jahren (noch) keinen beruflichen Bildungsabschluss hatten.

2009 hatten 43% der 25- bis unter 30-Jährigen eine Zulassung zur Fachhochschule oder Hochschule in der Tasche. Heute studieren in Deutschland mit 2,12 Millionen Menschen so viele wie nie zuvor.

Bildung wird immer weiblicher: Hatten 2009 von den Personen ab 60 Jahren nur 9% der weiblichen Bevölkerung das Abitur (und 21% der männlichen Bevölkerung), waren es in der Altersgruppe der 25- bis unter 30-Jährigen bereits 46% Frauen (und 41% Männer). 2009 waren die Hälfte (50%) der Studierenden im 1. Hochschulsemester und etwas über die Hälfte (51%) der Hochschulabsolventen Frauen. Das entspricht fast den Geschlechterverhältnissen in der Gesamtbevölkerung und ist somit ein großer Erfolg. Nur jede zehnte Professorenstelle in der höchsten Besoldungsstufe (C4) an Hochschulen war 2009 mit einer Frau besetzt.

In keinem anderen Land sind die Bildungschancen für junge Menschen in der Weise abhängig vom Ausbildungsstand ihrer Eltern, wie es in Deutschland der Fall ist.

Bildung bleibt unter sich. Nur 10% der Gymnasiasten kamen 2009 aus Familien, in denen die Eltern einen Hauptschulabschluss oder gar keinen allgemeinen Schulabschluss gemacht hatten. Demgegenüber besuchten 60% der Kinder das Gymnasium, deren Eltern selbst das Abi in der Tasche hatten... Die Hauptschule verschwindet.

2009 hatten von allen Gymnasiasten in Deutschland 23% einen Migrationshintergrund. Auch die Schülerschaft an den Hauptschulen bestand mit 43% nicht einmal zur Hälfte aus

Kindern aus Migrantenfamilien - auch wenn dies häufig anders wahrgenommen wird. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der hohe Anteil von Migrantinnen gegenüber deutschen Frauen: 2009 hatten 28% der in Deutschland lebenden Ausländerinnen die Fachhochschul- und Hochschulreife gegenüber 24% bei den deutschen Frauen. Dabei darf natürlich nicht unerwähnt bleiben, dass im gleichen Jahr knapp 19% der ausländischen Bevölkerung überhaupt keinen Schulabschluss (bei der deutschen Bevölkerung waren es 2%) und etwa die Hälfte aller in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer keinerlei beruflichen Bildungsabschluss hatten (53% gegenüber 25% der Deutschen). Hier schließt sich der Kreis: Denn die in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten in Deutschland sind Teil unserer Gesellschaft und müssen in das Bildungssystem integriert werden, um ihnen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt 2009 (ist) mit 6,8% ganz nüchtern betrachtet zu gering..., um der ökonomischen Relevanz von Bildung gerecht zu werden.

Quelle: [Statement von Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb \[PDF - 40 KB\]](#)

Bildung und Gesundheit

Die Höhe der erworbenen Bildung wirkt auf verschiedenen Wegen auf den Gesundheitszustand - zum Beispiel hängen Bildungsniveau und Stellung in der Arbeitswelt bekanntlich zusammen, mit dem Erwerbsstatus sind wiederum spezifische berufsbezogene Belastungen verbunden. Bildung hat außerdem einen unmittelbaren Einfluss auf das Gesundheitsbewusstsein und entsprechende Verhaltensweisen.

Niedrige Bildungsgruppen berichten überdurchschnittlich häufig, in den letzten vier Wochen unter starken Schmerzen gelitten zu haben. Männer mit niedriger Bildung haben demnach ein 2,2-mal höheres Risiko unter Schmerzen zu leiden als Männer der hohen Bildungsgruppe; bei Frauen ist das Risiko 2,6-mal so groß.

Der deutliche Zusammenhang zwischen Bildung und Gesundheitsbewusstsein bzw. -verhalten kann beim Tabakkonsum und bei sportlicher Aktivität nachgewiesen werden: Männer mit niedriger Bildung haben demnach ein 1,9-mal höheres Risiko und Frauen ein 2,3-mal höheres Risiko zu rauchen. Bei niedriger Bildung sind Männer 3,1-mal und Frauen 2,7-mal weniger häufig sportlich aktiv als Gleichaltrige aus höheren Bildungsgruppen. Die Bedeutung der Bildung zeigt sich auch bei der Lebenserwartung: Männer im Alter von 45 Jahren, die über Abitur oder Fachhochschulreife verfügen, leben im Durchschnitt 5,3 Jahre länger als gleichaltrige Männer, die lediglich über einen mit Hauptschulabschluss oder über keinen Schulabschluss verfügen.

Quelle: [Statement von Dr. Roland Habich \(WZB\) \[PDF - 110 KB\]](#)

Der familiäre Hintergrund bestimmt die Bildung der Kinder:

Je höher der allgemeine oder berufliche Abschluss der Eltern, desto geringer waren die Schüleranteile an Hauptschulen sowie Einrichtungen des Übergangssystems, und desto höher waren die Schüleranteile an Gymnasien.

Während nur 10 % der Gymnasiasten in Familien aufwuchsen, in denen die Eltern einen Hauptschulabschluss oder keinen allgemeinen Schulabschluss als höchsten Schulabschluss besaßen, war der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit diesem sozialen Status an Hauptschulen mit 56% fast sechsmal so hoch. Dagegen fanden sich an Gymnasien hauptsächlich Kinder, deren Eltern die (Fach-) Hochschulreife aufwiesen (59 %). An Hauptschulen war diese Schülergruppe mit nur 13% vertreten.

Ähnliche herkunftsbedingte Muster zeigt auch die Verteilung der Kinder auf die Schularten anhand des höchsten beruflichen Bildungsabschlusses in der Familie.

Auch hier stammten die wenigsten Kinder (6 %) an Hauptschulen aus Familien mit hohem Bildungsniveau. Fast fünfmal höher war dagegen der Anteil der Kinder aus bildungsfernen Familien. An Gymnasien waren die Verhältnisse - wie auch beim höchsten allgemeinen Schulabschluss - entgegengesetzt: 42% der Schülerinnen und Schüler stammten hier aus Familien mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss. Nur 5 % der Gymnasiasten lebten in Familien, in denen kein Elternteil einen beruflichen Abschluss hatte.

Neben dem elterlichen Bildungsabschluss hat auch der Migrationshintergrund einen großen Einfluss auf die Art der besuchten Schule. Insgesamt wiesen 2009 28% der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund auf. Die größte Herkunftsgruppe waren dabei türkischstämmige Schülerinnen und Schüler.

Die deutlichsten Unterschiede der Zusammensetzung der Schülerschaft fanden sich erneut an Hauptschulen und Gymnasien:

der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund war mit 43 % an Hauptschulen rund doppelt so hoch wie an Gymnasien. Zudem unterscheidet sich auch die Zusammensetzung der Kinder mit Migrationshintergrund nach Herkunftsgruppen zwischen den Schularten deutlich. Türkischstämmige Schülerinnen und Schüler bildeten an Hauptschulen und im Übergangssystem mit Abstand die größte Herkunftsgruppe.

Dagegen stammten die meisten Gymnasiasten mit Migrationshintergrund aus Staaten der Europäischen Union bzw. aus sonstigen nicht-europäischen Ländern.

...

Von den 1,57 Mill. Jugendlichen, die sich 2009 in einer Berufsausbildung im Dualen System befanden, waren rund 76 000 Ausländer. Ihr Anteil an den Auszubildenden ist seit Mitte der 1990er Jahre parallel zur Verschlechterung auf dem Ausbildungsstellenmarkt von 8% auf 5%

gesunken. Im Vergleich zum Ausländeranteil an den Absolventen allgemeinbildender Schulen (2009: 10 %) waren Ausländer im Dualen System unterrepräsentiert.

...

Nicht alle Jugendlichen, die ihre Ausbildung beginnen, bringen diese auch zum Abschluss. Rund ein Fünftel (23 %) löste den Ausbildungsvertrag vor Erreichen der Abschlussprüfung auf.

...

Mit 2,12 Millionen Studierenden waren im Wintersemester 2009/2010 so viele Studierende wie nie zuvor an deutschen Hochschulen eingeschrieben.

...

Insgesamt schrieben sich im Studienjahr 2009 rund 424 000 Studienanfänger an deutschen Hochschulen ein.

Medizin wird weiblich:

In den Fächergruppen Veterinärmedizin (83 %), Sprach- und Kulturwissenschaften (74 %), Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften (68 %) sowie Kunst/Kunstwissenschaft (64 %) waren die Studienanfängerinnen deutlich in der Mehrheit.

Ingenieure bleiben männlich:

In der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften (22 %) waren Studienanfängerinnen hingegen deutlich unterrepräsentiert.

Bachelor- Masterstudien werden zur Regel:

Im Wintersemester 2009/2010 begannen fast drei Viertel der Studienanfänger und -anfängerinnen (im ersten Fachsemester) ein Bachelor- oder Masterstudium...

Im Jahr 2009 verließen bereits ebenfalls 21 % (72 000) der Absolventinnen und Absolventen die Hochschule mit einem Bachelorabschluss. Somit hat sich die Zahl der Bachelorabschlüsse von 2007 bis 2009 verdreifacht. Rund 6% (21000) erreichten einen Masterabschluss.

Teilzeitbeschäftigung an Hochschulen nimmt zu

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist in der Gruppe des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals von fast 24% im Jahr 1999 auf 35 % im Jahr 2009 gestiegen...

Die Gruppe des nebenberuflichen wissenschaftlichen Personals ist in den letzten zehn Jahren um 64% gewachsen. Im Jahr 2009 waren 102 000 Personen in dieser Gruppe beschäftigt, gegenüber 62 500 im Jahr 1999...

Teures Medizinstudium, billigere Buchwissenschaften

Die Hochschulen in öffentlicher und privater Trägerschaft in Deutschland gaben im Jahr 2008 für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung insgesamt 36 Mrd. Euro aus. Die

Ausgaben setzen sich zusammen aus den Ausgaben für das Personal, für den laufenden Sachaufwand sowie für Investitionen. Die Ausgaben der Hochschulen werden im besonderen Maße durch die Fächerstruktur bestimmt.

47 % der Ausgaben entfielen auf die medizinischen Einrichtungen. Der Anteil der eingeschriebenen Studierenden in Humanmedizin bzw. Gesundheitswissenschaften lag im Wintersemester 2008/2009 aber nur bei knapp 6 %. Dem gegenüber waren in den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Sprach- und Kulturwissenschaften zusammen im Jahr 2008 weit über die Hälfte (52 %) aller Studierenden eingeschrieben. Allerdings betrug ihr Anteil an den gesamten Ausgaben im Hochschulbereich lediglich gut 10%...

Im Jahr 2008 betrugen die laufenden Grundmittel an deutschen Hochschulen durchschnittlich 7 300 Euro je Studierenden. Bei Betrachtung der laufenden Zuschüsse nach Fächergruppen differierten die Angaben im Jahr 2008 von 4 200 Euro je Studierenden der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bis zu 29 700 Euro je Studierenden der Humanmedizin bzw. Gesundheitswissenschaften.

Frauen holen auf, ihr Anteil nimmt aber auf den weiterführenden Qualifikationsstufen ab

Die Hälfte der Studierenden im ersten Hochschulsemester und etwas über die Hälfte (51%) der Hochschulabsolventen war im Jahr 2009 weiblich. Auch der Frauenanteil auf weiterführenden Qualifikationsstufen ist in den vergangenen Jahren gestiegen, allerdings nimmt er mit steigendem Qualifikationsniveau und Status der einzelnen Positionen auf der akademischen Karriereleiter kontinuierlich ab.

Während im Jahr 2009 immerhin bereits 44 % der Dokortitel von Frauen erworben wurden, lag die Frauenquote bei den Habilitationen erst bei 24%.

Rund 52 % der im Jahr 2009 an deutschen Hochschulen Beschäftigten waren weiblich (297 000), was in etwa dem Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. In beruflichen Positionen im Bereich Forschung und Lehre sind Frauen allerdings immer noch unterrepräsentiert: Ihr Anteil lag in der Gruppe des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals bei 35% und in der Gruppe der hauptberuflich Beschäftigten ebenfalls bei 35%. Unter der Professorenschaft ist der Frauenanteil in den vergangenen zehn Jahren angestiegen und erreichte 2009 mit 18 % einen Höchstwert, am niedrigsten war er mit 10 % in der höchsten Besoldungsstufe der Professoren (C4).

Langer Weg in eine akademische Karriere

So liegen zwischen dem Zeitpunkt der Ersteinschreibung und der Erstberufung zum Professor in Deutschland etwa 20 Jahre.

Anteil weiterbildender Unternehmen geht zurück

Obwohl Politik, Wissenschaft und Wirtschaft die Intensivierung der Weiterbildung fordern, ging der Anteil weiterbildender Unternehmen gegenüber 1999 um sechs Prozentpunkte zurück. Betrachtet man lediglich die klassischen Lehrveranstaltungen, so betrug der Rückgang sogar rund 13 Prozentpunkte...

Die Chancen auf ein Weiterbildungsangebot im Unternehmen sind in den Wirtschaftszweigen unterschiedlich und steigen mit der Unternehmensgröße. So bot annähernd jedes (95 %) Unternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten 2005 Lehrveranstaltungen für seine Beschäftigten an.

In der Gruppe der Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten traf dies noch auf etwa zwei Drittel zu. Lediglich 44 % der Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten offerierten Lehrveranstaltungen für die eigenen Beschäftigten.

Bildungsniveau steigt

Bei der 2009 durchgeführten Erhebung hatten 46 % der Befragten ab 25 Jahren einen so genannten »höherwertigen« Schulabschluss, 21% besaßen einen Realschulabschluss und 25 % Abitur oder Fachhochschulreife. In der Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen konnten bereits gut 75 % einen solchen Abschluss vorweisen (32 % Realschulabschluss, 43% Fachhochschul- oder Hochschulreife).

Von den Altersjahrgängen ab 60 Jahren hatten dagegen lediglich 13 % eine Realschule und 14 % ein Gymnasium erfolgreich absolviert...

In der Altersgruppe der 25- bis unter 30-Jährigen hatten 41% der Männer und 46 % der Frauen Abitur oder die Fachhochschulreife.

Demgegenüber besaßen im Jahr 2009 von den Personen ab 60 Jahren 21 % der männlichen, aber nur 9 % der weiblichen Bevölkerung das Abitur.

...

Überdurchschnittlich viele Ausländer machen Abitur

Während die in Deutschland lebenden Ausländer und Ausländerinnen nur zu 15 % einen Realschulabschluss besaßen (für die Deutschen lag der entsprechende Wert bei 22 %), lagen sie mit einem Anteil von 27% bei Abitur und Fachhochschulreife über dem Wert für die deutsche Bevölkerung (25 %).

Jeder fünfte Ausländer besitzt keinen Schulabschluss

Knapp 19 % der ausländischen Bevölkerung besaßen jedoch überhaupt keinen allgemeinen Schulabschluss (bei der deutschen Bevölkerung waren es rund 2 %). Etwa die Hälfte der Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland hatte auch keinen beruflichen Bildungsabschluss (53 % gegenüber 25 % der Deutschen)... Jeder 15. Jugendliche, der 2009 eine

allgemeinbildende Schule verließ, hatte keinen Abschluss.

Einen Lehrabschluss konnten knapp 53 % der Deutschen, aber nur 29 % der ausländischen Bürger und Bürgerinnen vorweisen. Bei den Universitäts- und Fachhochschulabschlüssen (einschließlich Promotionen) waren die Anteile nahezu identisch...

Bildungsausgaben steigen

Die Ausgaben für formale und non-formale Bildung zusammen betragen im Jahr 2009 nach vorläufigen Berechnungen 163,7 Mrd. Euro und lagen damit um 9,8 Mrd. Euro über dem Wert des Vorjahres.

Der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg von 6,2% im Jahr 2008 auf 6,8% im Jahr 2009...

Die Ausgaben je Schüler an öffentlichen Schulen lagen 2008 bei 5 100 Euro.

Frauen dominieren im Lehrerberuf

70 % der hauptberuflichen Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen waren 2009 Frauen. An beruflichen Schulen betrug 2009 der Frauenanteil an den hauptberuflichen Lehrkräften nur 46 %.

Berufliche Bildung

2009 machten nahezu 2,1 Mill. Personen eine berufliche Ausbildung. Davon besuchten ein Fünftel (19 %) eine Berufsfachschule oder eine Schule des Gesundheitswesens; 1999 waren es erst 15 %.

2009 besaß jeder fünfte Ausbildungsanfänger Abitur oder Fachhochschulreife.

Der Anteil der ausländischen Auszubildenden an allen Auszubildenden lag 2009 mit 5 % weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau.

Wirtschaft

Exportabhängigkeit hat zugenommen

Im Jahr 2005 arbeiteten 8,3 Mill. Erwerbstätige in Deutschland direkt oder indirekt für den Export, das waren 21 % aller Erwerbstätigen. 1995 waren es nur 16%.

Im Zeitraum 1995 bis 2005 ist die Zahl der vom Export abhängigen Erwerbstätigen um 2,4 Mill. Personen gestiegen...

Insbesondere für die Erhaltung und Gewinnung von Arbeitsplätzen in den verarbeitenden Produktionsbereichen ist die Auslandsnachfrage von großer Bedeutung. In diesen Bereichen hat die Exportabhängigkeit der Beschäftigung von knapp 40 % im Jahr 1995 auf 55% im Jahr 2005 zugenommen.

Ausfuhren steigen

Von 2000 bis zum Jahr 2008 sind die Ausfuhren Deutschlands von 597 Mrd. Euro auf 984 Mrd. Euro gestiegen...

Das Jahr 2010 stand ganz im Zeichen der Erholung der Weltmärkte. Mit Exporten in Höhe von 959 Mrd. Euro und Importen in Höhe von 806 Mrd. Euro stiegen die Exporte um 19,4% gegenüber 2009 und die Importe um 21,3% an. Die deutsche Handelsbilanz - der Saldo aus Exporten und Importen - erzielte im Jahr 2010 ein Plus von 153 Mrd. Euro.

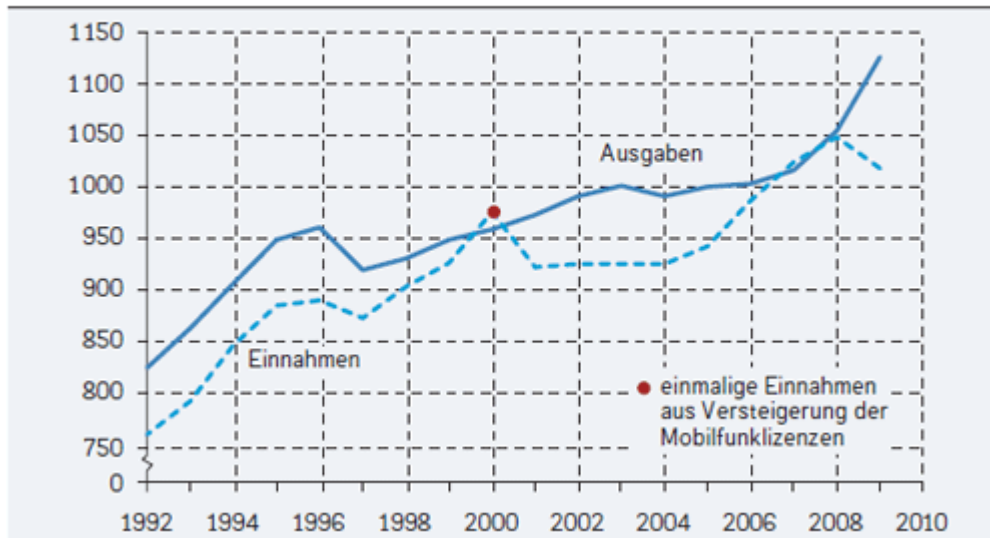
Rund 71 % aller aus Deutschland exportierten Waren gingen im Jahr 2010 in andere europäische Länder. 2010 gingen 15 % der aus Deutschland exportierten Waren nach Asien und 10% nach Amerika.

Im Gütertausch mit den 15 Top-Handelspartnern erzielte Deutschland 2010 in zehn Fällen einen Handelsüberschuss, in fünf Fällen war der Saldo negativ. Der höchste Überschuss ergab sich im Handel mit Frankreich (28,9 Mrd. Euro), gefolgt vom Handel mit dem Vereinigten Königreich, der aus deutscher Sicht mit einem Plus von 20,9 Mrd. Euro abschloss. Auf den Rängen drei und vier folgten die Vereinigten Staaten (20,5 Mrd. Euro) und Österreich (19,4 Mrd. Euro). Defizitär war der Handelssaldo mit China (- 22,9 Mrd. Euro), Japan (- 9,0Mrd.Euro), den Niederlanden (- 5,5 Mrd. Euro), der Russischen Föderation (- 5,4Mrd.Euro) und der Tschechischen Republik (- 2,7 Mrd. Euro), das heißt sie führten mehr nach Deutschland aus, als sie von dort bezogen.

Im Jahr 2010 wurden insgesamt Waren im Wert von 959 Mrd.Euro aus Deutschland exportiert. Mit einem Anteil von 17% waren dabei Kraftwagen und Kraftwagenteile Deutschlands wichtigstes Exportgut. Auf Rang zwei und drei der wichtigsten Exportgüter folgten Maschinen (15 %) und chemische Erzeugnisse (9 %). Diese drei Branchen machten rund 41% der deutschen Ausfuhren aus.

Finanzen

**Abb. 1: Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts,
in Mrd. EUR**



Quelle: [Datenreport S. 85 \[PDF - 440 KB\]](#)

(Anmerkung WL: Diese Grafik ist ein deutliches Indiz dafür, wie die der „Steuersenkungswahn“ der Regierung Schröder/Fischer eine Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben aufbrechen ließ.)

Länder und Kommunen von Steuermindereinnahmen besonders betroffen

2009 flossen 909,6 Mrd. Euro Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben in die öffentlichen Kassen. Steuern sind die originäre Einnahmenquelle der öffentlichen Haushalte, ihre Bedeutung für die einzelnen Bereiche ist jedoch sehr unterschiedlich. Von ihrem Rückgang waren Kommunen (- 11,4%) und Länder (- 8,8 %) mit höheren Anteilen betroffen als der Bund (- 3,1 %).

Länder leiden unter der Rettung der Landesbanken

Wird der Schuldenstand der Länder und der Gemeinden sowie der Gemeindeverbände 2009 im Vergleich zum Vorjahr betrachtet, sind die vier größten prozentualen Erhöhungen in Baden-Württemberg mit 31 %, in Bayern mit 15 %, in Schleswig-Holstein mit 14 % und in Hamburg mit 11 % zu verzeichnen. Der überwiegende Teil dieser Schuldenanstiege ist auf staatliche Stützungsmaßnahmen für die durch die Finanzmarktkrise in finanzielle Notlagen geratenen Landesbanken zurückzuführen.

Massiver Personalrückgang im Öffentlichen Dienst

Gemessen an den 34,2 Mill. abhängig Erwerbstätigen ergibt sich für den Bereich der

öffentlichen Arbeitgeber ein Anteil von rund 16%.

Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist seit der Wiedervereinigung deutlich gesunken. Im Jahr 1992 waren rund 6,7 Mill. Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt, am 30. Juni 2009 dagegen noch 4,5 Mill.

Mehr Erwerbstätige (43,3 Millionen) aber weniger Arbeitsstunden

Die hohe Erwerbstätigenzahl relativiert sich jedoch, wenn man statt der Zahl tätiger Personen die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden, das so genannte Arbeitsvolumen, betrachtet. Im Jahr 2010 wurden von den Erwerbstätigen in Deutschland 57,4 Mill. Arbeitsstunden geleistet.

Diese Zahl hat zwar im Laufe der letzten Jahre zugenommen - 2005 lag sie noch bei 55,7 Mill. -, aber das Arbeitsvolumen war im Jahr 1991 mit 59,8 Mill. Stunden deutlich höher. Dieses Niveau wurde seitdem nicht mehr erreicht.

Anstieg atypischer Beschäftigung

Von 30,6 Mill. abhängig Beschäftigten im Alter von 15 bis 64 Jahren (ohne Personen in Bildung oder Ausbildung) waren 2009 23,0 Mill. Personen normalerwerbstätig und 7,6 Mill. Atypisch beschäftigt.

Bereits ein Viertel (25%) aller Beschäftigten befand sich in einem Arbeitsverhältnis, das mindestens eines der folgenden Elemente aufwies: eine Befristung (2009: 2,6 Mill. Personen), Teilzeit (4,9 Mill.), Geringfügigkeit im Sinne des Sozialrechts (2,6 Mill.), Leiharbeit (0,6 Mill.). 1999 lag der Anteil atypischer Beschäftigung noch bei 20 %. Seitdem haben sämtliche Formen der atypischen Beschäftigung deutlich zugenommen, die Leiharbeit sogar um mehr als das Doppelte.

Dienstleistungssektor nimmt zu

2010 arbeiteten 9,9 Mill. Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe, darunter 7,3 Mill. im verarbeitenden Gewerbe und 2,2 Mill. im Baugewerbe.

Im Dienstleistungssektor waren 2010 mit 29,7 Mill. dreimal so viele Personen tätig wie im sekundären Sektor....

Der Dienstleistungssektor ist zwischen den Jahren 2000 und 2010 um 2,8 Mill. Erwerbstätige oder um 10,5% angewachsen.

Hohe Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt

Von Januar bis Dezember 2010 meldeten sich in Deutschland 9,2 Mill. Menschen arbeitslos. Für 9,4 Mill. registrierte Arbeitslose endete die Arbeitslosigkeit. Dies zeigt, dass auf dem Arbeitsmarkt eine deutlich größere Fluktuation besteht als es die reine Betrachtung der Bestandsabnahme von knapp 200 000 im Vorjahresvergleich suggeriert.

Ein Drittel Langzeitarbeitslose

Im Jahresdurchschnitt 2010 gab es 940 000 Langzeitarbeitslose, also Personen, die seit über einem Jahr arbeitslos waren. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen betrug rund 32%.

5,8 Millionen bezogen Lohnersatzleistungen

Nach vorläufigen Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit bezogen 2010 durchschnittlich 5,8 Mill. Menschen solche Lohnersatzleistungen. Das waren 109.000 oder 1,8 % weniger als im Jahr zuvor. 1,0 Mill. bezogen Arbeitslosengeld I und 4,9 Mill. Arbeitslosengeld II. Hinzu kamen 1,8 Mill. Personen, die als so genannte nichterwerbsfähige Hilfe bedürftige Leistungen bezogen. Dabei handelte es sich um Personen (größtenteils Kinder unter 15 Jahren), die in Bedarfsgemeinschaft mit erwerbsfähigen Leistungsbeziehern lebten.

1,5 Mio. in Arbeitsförderungsmaßnahmen

Insgesamt befanden sich in diesem Monat (Dezember 2010) 1,5 Mill. Teilnehmer in einer von Bund oder Bundesagentur für Arbeit geförderten Maßnahme.

Den größten Anteil hatten Maßnahmen des Bereichs Berufsberatung und Förderung der Berufsausbildung mit 369 000 Geförderten. 340 000 Personen nahmen beschäftigungsbegleitende Leistungen wie Eingliederungszuschüsse und Maßnahmen zur Förderung der Selbständigkeit in Anspruch.

290 000 Personen befanden sich in Beschäftigung schaffenden Maßnahmen, wobei es sich fast ausschließlich um Arbeitsgelegenheiten handelte, darunter 242 000 Arbeitsgelegenheiten der Mehraufwandsvariante (»Ein-Euro-Jobs«).

Nur die Hälfte der Arbeitnehmer arbeiten tarifgebunden

Für rund die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland regeln Tarifverträge Verdienste und Arbeitsbedingungen.

Bruttolöhne werden von den Verbraucherpreisen aufgeholt

Die durchschnittlichen tariflichen Monats - verdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhöhten sich in den Jahren 2005 bis 2010 in Deutschland um 11,0%. Die Verbraucherpreise stiegen im gleichen Zeitraum um 8,2 %.

Die durchschnittlichen Tarifverdienste stiegen 2010 in Deutschland um 1,6%.

Obwohl sich die wirtschaftliche Lage deutlich verbesserte, fielen die Tariferhöhungen im Jahresdurchschnitt damit 2010 deutlich geringer aus als im Vorjahr mit 2,8 %.

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich verdienten in Deutschland 2009 durchschnittlich im Monat 3 141 Euro brutto. Im früheren Bundesgebiet lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst bei 3248Euro, in den neuen Ländern waren es 2486Euro.

Die Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen blieben im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr konstant, die Verbraucherpreise erhöhten sich um 0,4 %. Daher sanken die Reallöhne, also die preisbereinigten Verdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, gegenüber dem Vorjahr um 0,4%.

Die Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen stiegen im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich 2,7 %. Da sich die Verbraucherpreise im selben Zeitraum um 1,1% erhöhten, betrug der Anstieg der Reallöhne 1,5 %.

Große Verdienstunterschiede

Zwischen den einzelnen Branchen bestehen große Verdienstunterschiede. Die Spanne reichte 2009 in Deutschland von 4 165 Euro für Beschäftigte im Bereich Information und Kommunikation bis 1886 Euro im Gastgewerbe... Am unteren Ende rangierten die Bereiche »Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften« (1 745 Euro), »Gastronomie« (1 857 Euro) sowie »Beherbergung« (1 912 Euro).

Durchschnittsverdienst sagt wenig aus

Aus der Verdienststrukturerhebung 2006 ist bekannt, dass knapp zwei von drei Vollzeitbeschäftigten (63 %) weniger verdienen als den gesamtwirtschaftlichen Durchschnittswert; nur ein gutes Drittel hat höhere Bruttoverdienste. Dieses Drittel hat so hohe Verdienste, dass der Durchschnittswert für alle Beschäftigten »nach oben« gezogen wird...

Schlecht bezahlte Teilzeitbeschäftigte

Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hatten 2009 mit 15,17 Euro einen fast 20 % niedrigeren durchschnittlichen Bruttostundenverdienst als Vollzeitbeschäftigte (18,82 Euro).

Frauen verdienen weniger

In den vergangenen Jahren lag der unbereinigte Gender Pay Gap in Deutschland konstant bei 23 %, das heißt der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen fiel um 23 % geringer aus als der von Männern.

Rund zwei Drittel lassen sich darauf zurückführen, dass sich Männern und Frauen bei der Branchen- und Berufswahl unterscheiden, unterschiedliche Leistungsgruppen besetzen und Frauen tendenziell eher teilzeitbeschäftigt und schlechter ausgebildet sind.

Jeder Fünfte arbeitet für einen Niedriglohn

Die so definierte Niedriglohngrenze lag 2006 in Deutschland bei 9,85 Euro brutto je Stunde. 20 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhielten einen Verdienst unterhalb dieser Grenze. Bei den so genannten atypisch Beschäftigten (Teilzeitbeschäftigte mit weniger als

20 Stunden, geringfügig Beschäftigte, befristet Beschäftigte sowie Zeitarbeiter) war es sogar jeder Zweite.

Dabei unterschieden sich die Anteile der Niedrigentlohnerten je nach Beschäftigungsform deutlich:

So arbeiteten vier von fünf geringfügig Beschäftigten (81 %) und zwei von drei Zeitarbeitern (67%) für einen Niedriglohn. Für befristet Beschäftigte (36%) und Teilzeitbeschäftigte (20 %) waren die Anteile zwar geringer, aber immer noch deutlich über dem Niveau für Normalarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer mit 11 %...

Das bedeutet, dass von den nahezu 19 Mill. Beschäftigten, über die die Verdienststrukturerhebung repräsentative Aussagen macht, 1,6 Mill. Normalbeschäftigte und rund 2,2 Mill. atypisch Beschäftigte einen Niedriglohn erhielten.

Vor allem Frauen arbeiten im Niedriglohnbereich

Auch die durchschnittlich geringere Bezahlung von Frauen spiegelt sich in einem größeren Anteil niedrig entlohnter Frauen wider. Der Anteil der Niedriglohnbezieherinnen an allen Arbeitnehmerinnen war mit 27 % knapp doppelt so groß wie der entsprechende Anteil bei den Männern mit 14%.

Nicht nur gering qualifizierte arbeiten zu Niedriglöhnen

Insgesamt bezogen 30% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne einen beruflichen Bildungsabschluss einen Niedriglohn. Bei Beschäftigten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung waren es 14 % und bei Beschäftigten mit Hochschulabschluss nur rund 4%.

Mindestlohn

In der Europäischen Union hatten am 1. Januar 2011 20 der 27 Länder einen gesetzlichen Mindestlohn. Am niedrigsten waren die monatlichen Mindestlöhne in den mittel- und osteuropäischen Ländern:

Sie betragen bezogen auf einen Vollzeitbeschäftigten Anfang 2011 zwischen 123 Euro in Bulgarien und 349 Euro in Polen. In den südeuropäischen Ländern lag der Mindestlohn monatlich zwischen 554 Euro in Portugal und 748 Euro in Spanien.

Deutlich höhere Mindestlöhne gab es in den westeuropäischen Ländern. Sie reichten von 1 139 Euro im Vereinigten Königreich bis zu 1 758 Euro in Luxemburg.

Nettolöhne

Der Anteil des Bruttomonatsverdienstes, über den die Haushaltstypen frei verfügen können, schwankt erheblich. Die höchsten Abzüge hatten ledige Männer ohne Kinder im früheren Bundesgebiet. Ihnen blieben 2009 noch 57,3 % netto. Die mit 26,7 % geringsten Abzüge fielen auf Ehepaare mit zwei Kindern und alleinverdienendem Ehemann in den neuen

Ländern.

„Lohnnebenkosten“ im europäischen Mittelfeld

Seit 1966 sind die Lohnnebenkosten im Produzierenden Gewerbe von 17 % auf 29 % gestiegen. 2008 lagen die Lohnnebenkosten in Deutschland für alle Unternehmen der Privatwirtschaft mit etwa 28 Euro auf 100 Euro Bruttoverdienst im Mittelfeld der Staaten der Europäischen Union.

Die Arbeitgeber finanzierten im Jahr 2008 über diese Teile der Lohnnebenkosten 35 % der gesamten Sozialleistungen in Deutschland. Dieser Finanzierungsanteil lag nach Angaben von Eurostat (Statistisches Amt der Europäischen Union) im Vergleich mit den anderen Staaten der Europäischen Union ebenfalls im Mittelfeld.

(Wird fortgesetzt)

- [E-Mail](#)